

## Die Über-Macht

Die Bundesrepublik Deutschland ist voll erschlossen. 161 054 Kilometer Land- und Kreisstraßen zerteilen das Land in einen Flickenteppich kleiner Parzellen. Die großen Ströme und viele kleine Bäche sind mit Hilfe von Baggern und Beton in Industriekanäle verwandelt worden. 31 236 Restkilometer Schienen verbinden noch die größeren Städte miteinander. Bis zum letzten Einödhof spannen sich Telefondrähte.

Jeder, der es sich leisten kann, darf sich dieser Transportwege für Menschen, Güter oder Informationen bedienen. Im Laufe der vergangenen hundert Jahre ist aber noch eine andere Trasse durch Wald und Flur geschlagen worden. Auf ihr wird schneller, als Weltraumraketen fliegen können, und fast geräuschlos ein Supergeschäft getätigt, auf einem Transportsystem, das länger ist als das Autobahnnetz, exklusiver als die Bundesbahn, monopolistischer als das Fernmelde-monopol, gewinnbringender als das Geldtransfersystem der Banken, geheimer als die Geheimdienste. Die Rede ist vom Hochspannungsnetz der deutschen Stromerzeuger.

Das »öffentlich« genannte Hochspannungsnetz ist in Wahrheit sowenig öffentlich wie die Goldreserven der Deutschen Bank. Dieser Transportweg darf nur von den neun Mitgliedern aus Deutschlands exklusivstem Klub, der Deutschen Verbundgesellschaft e.V., mit Sitz in Heidelberg, benutzt werden. Das Recht dazu nehmen sich die Stromriesen mit einem Gesetz aus der Nazizeit, das heute noch gültig ist, dem Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft vom

13. Dezember 1935, schamhaft »Energiewirtschaftsgesetz« genannt.

Der Neunerklub der größten Energieversorgungsunternehmen (EVU) der Bundesrepublik schöpft mit seinem 380 000-Volt-Hochspannungsnetz außerhalb jeder politischen Kontrolle nicht nur Jahr für Jahr Milliarden Mark ab. Mit ihren unsichtbaren »Sklavenarmeen im Kupferdraht« dringen die Gigawattgiganten in unsere Wohnungen ein und bauen dort ihre Macht und ihren Einfluß unbemerkt weiter aus. Derart weitgehende Rechte hatte der Grundgesetzgeber nicht einmal dem Staat gewähren wollen.

Wir dürfen wählen, ob wir mit Hilfe von Strom kochen, unsere Wäsche waschen und trocknen, ob wir den Braten mit einem elektrischen Messer anschneiden, uns elektrisch rasieren oder die Zähne putzen wollen. Wir sollen sogar elektrisch heizen. Je mehr wir verschwenden, desto großzügiger werden uns Tarifrabatte eingeräumt — dem Stromfluß aus der Steckdose sind keine Grenzen gesetzt.

Aber wehe, ein Bürger kommt auf die Idee, selbst Strom zu produzieren und seine Heimwerkerenergie an einen Verwandten oder Geschäftspartner in einer anderen Stadt oder auch nur ein paar Häuser weiter »überweisen« zu wollen — so, wie er von seinem Konto Geld mit Hilfe der Banken auf ein anderes Konto transferieren läßt. Er wird schnell merken, daß die Stromleitung eine Einbahnstraße ist, die ihn abhängig macht, ohnmächtig läßt und ihm obendrein immer mehr Geld aus der Tasche zieht. Jede Fehlinvestition, sei sie noch so gigantisch oder unsinnig, wie etwa der Schnelle Brüter von Kalkar mit — nach letzter Schätzung — sieben Milliarden Mark Kosten, zahlt der Verbraucher, wenn nicht als Stromabnehmer, dann als Steuerzahler. Also ist es so abwegig nicht, wenn wir uns Gedanken machen, ob wir uns nicht unabhängiger machen sollten und eine Menge Geld sparen, indem wir selber Strom erzeugen und so ein Stück echter Eigenverantwortung zurückgewinnen.

In den Kammlagen der Mittelgebirge und vor allem in der Norddeutschen Tiefebene, wo vor siebzig Jahren noch 100 000 Windmühlen vor allem für die Entwässerung Ener-

gie aus der frischen Brise schaufelten, könnten leistungsoptimierte Windkraftanlagen heute wieder für Wohlstand bei den Strommüllern sorgen. Dezentral arbeitende Anlagen würden die Energiekosten senken helfen, die bei Mietern und Hausbesitzern schon wie eine zweite Miete oder ein zusätzlicher Hypothekenkredit zu Buche schlagen. Im Verbund miteinander könnten die Windräder die Strombilanz der strukturschwachen Küstengebiete kräftig aufbessern. Auch einige tausend Wasserkraftwerke an ehemals vorhandenen Wehren und Staustufen entlang der Fluß- und Bachläufe in den Mittelgebirgen und im süddeutschen Raum könnten erheblich mehr Strom erzeugen, als für den eigenen Hausgebrauch notwendig ist — eine sprudelnde Einnahmequelle für Generationen.

Aber die kleinen, für Handwerksbetriebe, Bauern und private Bauherren erschwinglichen Heimkraftwerke sind nicht in der Lage, sich durchzusetzen, weil die Stromwirtschaft mauert. Lediglich Kleckerbeträge zahlen die EVU für den »hausgemachten« Strom — knapp fünf Pfennig in der warmen Jahreszeit und rund sieben Pfennig für die Kilowattstunde im Winter, wenn die Energie knapper und damit auch teurer ist.

Die Stromer, die ihren Kleinabnehmern bis zu sechzig Pfennig für die gleiche Strommenge abfordern, weigern sich vor allem aus zwei Gründen, angemessene Preise für zusätzlichen Strom zu bezahlen: einmal, weil sie längst auf einer schwerverkäuflichen Stromhalde sitzen; aus der Gesamtkraftwerksleistung von 91 796 Megawatt mußten am Tag des höchsten Verbrauchs, dem 21. Dezember 1983, nicht einmal 54 000 Megawatt zur Verfügung gestellt werden. Viel schwerer aber wiegt zum anderen die Furcht der Stromkonzerne, daß ihre Monopolstellung untergraben werden könnte. Eine korrekte Bezahlung für im Nebenerwerb erzeugten Strom könnte zu einer Graswurzelrevolution aus der Steckdose führen, die alle Atomkraftwerke ebenso überflüssig machte wie die vielen Dreckschleudern, die den Wald umbringen, Bauten ruinieren und die Luft vergiften. Die Stromriesen fürchten den Aufstand der Kraftzwerge im

Keller. Millionen kleiner »intelligenter« Maschinen könnten die Kraftwerksdinosaurier verhungern lassen.

Die Energiewirtschaft hat in ihren Machtkämpfen um Profite, Kartelle und Monopole seit der Entdeckung des dynamoelektrischen Prinzips durch Werner von Siemens im Jahr 1866 einseitig auf die Entwicklung der Großtechnologie gesetzt. Die modernsten Großkraftwerke arbeiten im Prinzip kaum anders als die ersten Dampfkraftwerke. Sogar die mühsam gebändigte Atombombe bringt im Leichtwasserreaktor auch nur Wasser zum Kochen, dessen Überdruck eine Turbine antreibt. Das ist, als würden die Intercity-Züge der Bundesbahn allesamt von Dampfloks gezogen, deren Kessel mit Kohle, Gas, Öl oder durch Atomreaktoren befeuert werden.

So ist es kein Wunder, daß die Verluste, die bei den deutschen Kraftwerken als schädliche Abwärme in die Umwelt austreten, größer sind als der dickste Brocken in der deutschen Energiebilanz — die Erzeugung von Niedertemperaturwärme für Hausheizungen und für die Bereitung von Warmwasser. Etwa 36 Prozent der Endenergie werden in Kohleöfen, Gas- und Ölheizungen verbrannt oder in Stromheizungen verbraucht. In den Heizungskellern werden also hochwertige Rohstoffe wie Gas und Öl verfeuert, die in Jahrmillionen im luftleeren Innern der Erde entstanden sind, um genau das zu erzeugen, was von der Stromwirtschaft als Abfall in Luft und Wasser geblasen wird — Wärme. Stromheizungen, ob nun als Nachtspeichersystem oder als Wärmepumpe, fördern die Verschwendung der Rohstoffe in den Kraftwerken noch und schaden damit Mensch und Natur. Der Vollständigkeit wegen weitere Zahlen zum Vergleich: Die gesamte Industrie verbraucht 33 Prozent der Endenergie. Der Verkehr — zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft — benötigt 23 Prozent der Endenergie.

Mit der einfachen, längst erprobten und für jedermann verfügbaren Technik der Wärme-Kraft-Kopplung könnten die Bewohner der Bundesrepublik ihre Heizkosten bis auf den Nullpunkt senken und als Kleinunternehmer in Nebentätig-

keit ein Stück Eigenständigkeit zurückgewinnen, die ihnen von den großen Monopolunternehmen abgenommen wurde. Das Einsparpotential der dezentralen Wärme-Kraft-Kopplung bei konsequenter Anwendung ist gewaltig. Dazu müßte in den Heizungskellern der Privathäuser, in den Kesselhäusern von Bürobauten, Kranken- und Rathäusern ein technischer Wandel stattfinden, der den Schritt von der Kohleheizung zur Ölheizung in den sechziger Jahren weit überträfe.

Blockheizkraftwerke und Energieboxen nutzen die hohen Verbrennungstemperaturen von Öl und Gas wesentlich besser, als es die getrennte Erzeugung von Strom und Wärme je leisten könnte, indem sie kinetische Energie in Strom umwandeln und die Abwärme in das Heizsystem einspeisen. Während die Verlegung eines Fernwärmerohrs pro Meter etwa soviel kostet wie jeder Meter eines Mittelklassewagens, nämlich rund 5000 Mark, befindet sich das Nahwärmesystem als Zentralheizung bereits im Haus. Auch der Stromanschluß ist schon vorhanden. Von der Belastung des Netzes gesehen, verhalten sich Energieboxen und Blockheizkraftwerke, die eingeschaltet werden, wie große stromverbrauchende Einrichtungen, die abgeschaltet werden.

Wärme ist teuer zu transportieren, aber billig zu speichern. Strom dagegen ist eine höchst verderbliche Ware, die sofort verbraucht werden muß. Aber über die vorhandenen Niederspannungsleitungen läßt sich die im Keller gewonnene Elektrizität problemlos in das Netz einspeisen, damit sie von anderen verbraucht werden kann. Die Umrüstung auf Blockheizkraftwerke und Energieboxen würde ähnlich vielen Menschen Arbeit bieten, wie heute in der Automobilbranche beschäftigt sind. Derzeit hängt jeder siebte Arbeitsplatz vom Auto ab. Vor allem Krisenbetriebe wie die Werften würden beim Bau von Blockheizkraftwerken, die Krankenhäuser, Verwaltungsbauten und Siedlungen mit Nahwärme versorgen und Strom in das Netz einspeisen, zu neuer Blüte finden. Landmaschinenschlossereien, Klempner, Elektriker und Kraftfahrzeugbetriebe hätten bis weit ins nächste Jahrtausend genug zu tun. Mehrere tausend Block-

heizkraftwerke für dichtbesiedelte Gebiete und einige Millionen Energieboxen für Einzelhäuser würden im Verbund mit den erneuerbaren Energiequellen, Sonne, Wasser und Wind, endlich ein Energieversorgungssystem ergeben, das in die demokratischen Strukturen paßt, die mit dem Grundgesetz angestrebt wurden. Mit dieser Technologie könnte sich die Gesellschaft auch auf die Zukunftstechnologie der Wasserstoffnutzung vorbereiten, die nach Ansicht aller ernst zu nehmenden Fachleute im nächsten Jahrtausend zum Einsatz kommen wird.

Voraussetzung ist allerdings, daß der Energiesektor nach den Regeln der freien Marktwirtschaft funktioniert. Doch genau das Gegenteil davon ist in der Energiewirtschaft der Brauch. Die leistungsgebundene Versorgungsindustrie ist ja nicht nur irgendein Wirtschaftszweig wie die Metall- oder die Chemieindustrie. Sie bildet den Stamm, von dem alle anderen Branchen abzweigen. Die Apologeten der Starkstrompolitik haben in ihrem Kampf um Macht und Geld schon Regierungen stürzen lassen und halten noch heute Politiker bis in die höchsten Spitzen fest im Griff. Nur so konnten die Energiekonzerne aus jedem Krieg und aus jeder Krise als Gewinner hervorgehen.

Die Kritik an der feudalistischen Geheimpolitik der Versorgungsunternehmen wächst. Aber obwohl Tribunale abgehalten und kluge Bücher über die Verflechtungen der Stromgiganten geschrieben werden, bleibt die Struktur der Energieversorgung weitgehend unsichtbar. Bevor aber ein demokratisches, naturschonendes Versorgungssystem entstehen kann, muß die alte Struktur aufgedeckt und zerstört werden.

Das Grundgesetz, dem jeder Lehrer, Postbote oder Lokführer die Treue schwören muß, wenn er Beamter werden will, erweist sich bei näherer Betrachtung als eine Art Notdach, das auf den Mauern des alten Reichsgebäudes errichtet wurde. Aus dem Keller des zerbombten Gemäuers qualmt noch immer die Energieversorgung des Dritten Reichs, denn bei allen Entscheidungen beruft sich die Stromindustrie auf das »Gesetz zur Wehrhaftmachung der deutschen

Energiewirtschaft«, wie Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht treffend sein Werk nannte.

Das Energiewirtschaftsgesetz wurde bei der Formulierung des Grundgesetzes nicht berücksichtigt, es sollte damals schnellstens novelliert werden. Daraus ist bis heute nichts geworden. Das ist kein Zufall. Wie weit die braunen Schatten aus der Vergangenheit in die Gegenwart reichen, beweist der lapidare Satz des inzwischen verstorbenen CDU-Politikers Alois Mertes zum 30. Jahrestag der Kapitulation: »Nicht der deutsche Staat, sondern die deutsche Wehrmacht kapitulierte 1945.« »Die Zerschlagung des deutschen Einheitsstaates«, sagte Mertes am 4. Juni 1985 Reportern der »Tagesschau«, »ist ausschließlich die Folge des Mißbrauchs der Besatzungsmächte.« Und Franz Josef Strauß bestätigte am selben Tag, daß die deutsche Frage noch offen sei: »Deutschland besteht in den Grenzen von 1937 fort.« Die Energieversorgung, das Rückgrat unserer heutigen Industriegesellschaft, funktioniert also immer noch nach den Regeln, die Hitlers Bürokraten in Zusammenarbeit mit der Stromwirtschaft zur Vorbereitung und Führung des Zweiten Weltkriegs aufgestellt hatten. Unverändert wirtschaftet die deutsche Industrie nach den Anforderungen, die sich aus der Führung eines Angriffskriegs ergeben. Der Zweite Weltkrieg endete 1945 mit einer Kapitulation. Doch längst sind neue Fronten gebildet worden in Verteidigungskämpfen um Marktanteile bei Massen- und Wegwerfgütern. Stillschweigend wird dabei die Natur geopfert. Flüsse, Seen und Meere werden vergiftet, der Boden verseucht, die Luft verpestet.

Nachdem die braunen Machthaber von den Alliierten geschlagen waren, hat die Energiewirtschaft ihre Macht ungehindert ausgebaut. Diesen Moloch zu bremsen oder gar zu lenken sind die Politiker der Bundesrepublik allesamt überfordert. Er werde das Energiewirtschaftsgesetz ändern, versprach Helmut Schmidt nach seiner triumphalen Wiederwahl 1976 in seiner Regierungserklärung unter dem Hohn- gelächter der CDU-Fraktion — nichts geschah. Professor Dr. Reimut Jochimsen, Wirtschaftsminister des bevölke-

rungsreichsten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, resignierte vier Jahre später: »Es wäre müßig, jetzt einzusteigen in die Grundsatzdebatte über Leitungsmonopole, Demarkationen und Konzessionen. Wir würden uns nur verkämpfen an einer Front, die allein aufzubrechen selbst das Land Nordrhein-Westfalen nicht stark genug ist.« Für manche Politiker ist es ohnehin ratsamer, sich mit den Stromern zu arrangieren: Der baden-württembergische Finanzminister Guntram Palm, CDU, sitzt im Aufsichtsrat des Verbundriesen Badenwerk AG, und Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel ist Mitglied des Aufsichtsrats der Preußenelektra (PREAG).

Gelegentlich leiht die Stromwirtschaft sogar Topmanager aus, wenn ein Ministersessel zu besetzen ist. So vertauschte im Jahr 1983 Walter Henn seinen Vorstandssessel bei den Saarländischen Electricitätswerken (VSE) und rund 20 000 Mark Monatsgehalt mit dem vergleichsweise schäbigen Stuhl im Saarländischen Wirtschaftsministerium, ein Job, der mit nur 12 000 Mark monatlich vergütet wurde. Die VSE zahlte dem FDP-Minister, der die öffentlichen Stromtarife im Saarland genehmigte, 8000 Mark Verdienstausschlag pro Monat weiter und hielt ihm den Vorstandsposten frei. Als die »normalste Sache der Welt« betrachtete der saarländische FDP-Fraktionsvorsitzende diese Angelegenheit. Walter Henn ist inzwischen an seinen alten Arbeitsplatz zurückgekehrt.

Wie ohnmächtig selbst der Deutsche Bundestag in Energiefragen ist, wurde am 31. Juli 1984 besonders deutlich, als sich das Parlament zum zweitenmal in einer Sondersitzung während der Parlamentsferien mit dem umstrittenen Kohlekraftwerk Buschhaus bei Helmstedt beschäftigte. Noch bevor die konservativ-liberale Bundesregierung den zuvor einstimmig gefaßten Beschluß umstoßen konnte, das Kraftwerk nicht ohne Entschwefelungsanlage ans Netz gehen zu lassen, hatte Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht die wahren Machtverhältnisse klagemacht. »Ich werde die Betriebsgenehmigung erteilen, egal, was der Bundestag dazu sagt.« Albrecht fühlte sich an die Gesetze aus

dem Dritten Reich gebunden, in die sich die gesetzgebende Versammlung der Bundesrepublik nicht einzumischen habe.

Nun sollte aber niemand auf die Idee kommen, die niedersächsische Landesregierung habe Buschhaus geplant oder sei irgendwie an der Planung beteiligt gewesen. Die Elternschaft des umstrittenen Kraftwerks liegt bei der Braunschweigischen Kohlen-Bergwerke AG (BKB) und damit bei dem Verbundunternehmen Preußenelektra. Ob ein Kraftwerk gebaut wird, wie groß es werden soll und mit welchem Brennstoff es betrieben wird, geht die Politiker nichts an. Sie dürfen nach den neueren Gesetzeswerken, etwa dem Atomgesetz oder dem Bundesimmissionsschutzgesetz nebst einigen Verordnungen, allenfalls nachsehen, ob im Umgang mit gefährlichen Stoffen die vorgeschriebene Sorgfalt eingehalten wird. In welcher Größenordnung die Stromer neue Kraftwerke zu- oder abbauen, bleibt ihre Entscheidung.

»Die Versorgungslast liegt bei den Energieunternehmen«, argumentierte die Wirtschaftsministerkonferenz im Jahr 1982, »die dafür erhebliche Investitionen tätigen müssen. Gerade darum muß bei diesen Unternehmen die verantwortliche Entscheidungskompetenz sowohl bei der Erarbeitung als auch bei der Realisierung der Konzepte liegen.« Wenn der Staat sich dagegen in die Entscheidungen der Deutschen Verbundgesellschaft einzumischen versucht, wird's teuer. So muß der bundesdeutsche Steuerzahler von den vorläufig mit 6,94 Milliarden Mark veranschlagten Baukosten für den Schnellen Brüter in Kalkar neunzig Prozent übernehmen. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) darf dafür später den Strom verkaufen, wenn der umstrittene Brutreaktor je ans Netz gehen sollte. Auch die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) im bayrischen Wackersdorf, deren voraussichtliche Kosten zwischen fünf und zehn Milliarden Mark liegen dürften, soll mit öffentlichen Geldern bezahlt werden.

Jahrelang hatte sich Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht bemüht, die umstrittene Anlage in sein Bundesland zu bekommen, nachdem Hessen aus dem Rennen war.

Albrechts Wirtschaftsministerin Birgit Breuel ließ die Muskeln spielen: »Eines ist klar, wir werden uns nicht die WAA-Investitionen aus der Nase ziehen und gleichzeitig zulassen, daß wir zur Atommüllkippe der Republik werden.« Aber dann entschied sich die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) für Wackersdorf in Bayern. Nicht Politiker oder Parlamente haben den Standort bestimmt, sondern allein die DWK, eine Tochter der in der Deutschen Verbundgesellschaft zusammengeschlossenen Stromriesen. Nur zum Bezahlen der monströsen Anlage ist der Staat den Stromern gut genug. Ein Geschäft wird der staatliche Geldgeber mit diesem Projekt jedoch nie erzielen, weil Natururan weltweit überaus reichlich vorhanden und billig ist, so daß sich die Aufbereitung der abgebrannten Brennelemente nicht lohnt. Die Kosten für den Abbruch der Ruinen ausgedienter Atomkraftwerke werden ebenfalls von der Allgemeinheit getragen.

Die Verbundgesellschaften sind dagegen immer auf der Gewinnerseite. Wenn der Staat die Unkosten nicht trägt, werden sie eben über die Stromtarife auf die kleinen Stromabnehmer abgewälzt. Derartig abgesichert gegen jeden Verlust, kann die Strombranche üppiger zulegen als jeder andere Industriezweig. Rund ein Drittel der gesamten Investitionen der deutschen Industrie verbrauchte 1983 allein die Stromwirtschaft: 12,5 Milliarden Mark. Der Jahresumsatz von 78,4 Milliarden Mark überstieg den Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik um fast die Hälfte. Diese Bilanz macht deutlich, welche Macht jeder Änderung der elektropolitischen Struktur im Wege steht. Um den gewaltigen Einfluß dieser Über-Macht zu verstehen, muß man den geistigen Bauplan der Stromwirtschaft und die Intentionen ihrer Schöpfer kennenlernen.

## Hitlers lange Leitung

Das Geschäft mit dem Bau von Kraftwerken hatten die beiden Branchenführer AEG und Siemens kurz nach der Jahrhundertwende schon ziemlich fest im Griff. Als Mitglieder eines Weltkartells waren sie für den deutschen Markt zuständig und booteten ein Konkurrenzunternehmen nach dem anderen aus, denn überall im Reich wollten kleine, meist kommunale Versorgungsbetriebe die Prestigeenergie Strom aus eigenen Kraftwerken an den Mann bringen. Die Aufhängepunkte waren befestigt, doch das Netz woben andere: Den Anfang machte das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk. Der Unternehmer Hugo Stinnes krepelte die Ärmel hoch und gebrauchte seine Ellenbogen wie in der Branche noch keiner vor ihm. Er hat den Grundstein für die heute so machtvolle Großverbundwirtschaft gelegt.

Der am 12. Februar 1870 geborene Sproß einer Kohle- und Rheinschifferdynastie saß schon 1898 im Aufsichtsrat des frisch gegründeten RWE, obwohl er keine einzige Aktie des Unternehmens besaß. Dafür brachte er mit, was im Neudeutschen »Know-how« heißt — er setzte das RWE buchstäblich unter Dampf. Aus dem Kesselhaus seiner Zeche Victoria-Matthias verkaufte Stinnes billigen Überschußdampf an das RWE. Mit diesem Deal punktete er das mächtige Kartell der Kohlebarone aus, die das Monopol auf den Verkauf des »schwarzen Goldes« besaßen. Das RWE sparte so die übliche Kohleumlage an das Syndikat und konnte von Anfang an den Strom billiger produzieren als andere Stromfabriken. Natürlich zog das Kohlekartell gegen